Fracking wird nicht verboten

Der Kantonsrat will kein generelles Verbot für die umstrittene Technologie. Angst um die Umwelt hat er keine – das Gewässerschutzgesetz reiche.

Liliane Minor

Kaum eine Technologie zur Gewinnung von Erdöl und Erdgas ist so umstritten wie das Fracking. Dabei wird Wasser, versetzt mit einem giftigen Chemikaliengemisch, mit hohem Druck in den tiefen Untergrund gepumpt, um Öl oder Gas aus Ritzen im Gestein zu pressen. Die in den USA entwickelte und angewandte Methode gilt als ökologisch fragwürdig. Dennoch will der Kantonsrat Fracking im Kanton Zürich nicht verbieten. Er hat gestern hauchdünn mit 82:80 Stimmen eine Motion der Grünen abgelehnt.

Tote Technologie oder Zukunft?

Für das Verbot sprachen sich neben den Grünen auch SP, GLP, AL, EVP, BDP und EDU aus. Fracking bedrohe die Grundwasservorkommen, so die Befürworter der Motion. «Dieses Risiko ist zu gross», meinte Stefan Hunger (BDP, Mönchaltorf). Martin Neukom (Grüne, Winterthur) sagte, Fracking widerspreche den Zielen des Klimaschutzes. «Klimaschutz bedeutet, dass Öl und Gas im Boden bleiben.» Für Ruedi Lais (SP, Wallisellen) ist das vergleichsweise teure Fracking überdies unökonomisch, er sprach von einer «toten Technologie». Die Befürworter erinnerten daran, dass andere Kantone, etwa Bern, die Technologie bereits verboten hätten oder demnächst ein Verbot beschliessen würden. «Selbst in den USA ist die Methode an vielen Orten verboten, weil sie gefährlich ist», sagte Martin Neukom.

Fracking ist nicht nur in der Schweiz umstritten: US-Förderanlage. Foto: Reuters

SVP, FDP und CVP waren gegen ein Verbot. Das Gewässerschutzgesetz genüge, sagte Josef Wiederkehr (CVP, Dietikon): «Es gäbe heute nie und nimmer eine Bewilligung dafür, einen Chemiecocktail in den Boden zu pumpen.» Barbara Franzen (FDP, Niederweningen) sprach sich grundsätzlich gegen ein Technologieverbot aus: «Das hemmt die Innovation. Wir wollen ja nicht heute Fracking betreiben, aber wir wollen uns Möglichkeiten offenhalten.» Baudirektor Markus Kägi (SVP) versicherte, heute würde er gegen ein Frackingprojekt sein Veto einlegen. Es gelte, die Technologie als Chance für später zu erhalten.

Derzeit sind im Kanton Zürich keine Frackingprojekte bekannt. Für Schlagzeilen sorgte vor anderthalb Jahren die Schweizerische Erdöl AG (Seag), weil sie in einer Kiesgrube zwischen Humlikon und Henggart nach Erdgas bohren wollte. Die Konzession wurde der Firma dann aus formalen Gründen nicht erteilt. Konkrete Frackingpläne hatte aber auch die Seag nicht.

Eine kleine Immobilienrevolution

Der Kantonsrat setzt dem Kompetenzwirrwarr bei den Immobilien ein Ende.

Liliane Minor

Es klingt nach Kosmetik, aber was der Kantonsrat gestern beschlossen hat, ist eine kleine Revolution: Künftig wird die Baudirektion allein für sämtliche Immobilien im Besitz des Kantons zuständig sein. Die übrigen Direktionen sind in den Gebäuden, die sie nutzen, nur noch Mieterinnen. Was genau bringt die Neuerung? Um das zu erklären, muss man wissen, was vorher nicht gut lief. Bislang verwaltete jede Direktion ihre Immobilien selbst. Die Folge: Niemand hatte den Überblick über die Gebäude in der Hand des Kantons – geschweige denn eine Übersicht über geplante Investitionen und Bauprojekte. Eine Prioritätenliste gab es nicht. Dringende Sanierungen blieben unrealisiert, weniger dringende Projekte wurden verwirklicht. Kurz: Es war ein Gewurstel.

Das soll sich nun ändern. Mit dem neuen Gesetz muss der Regierungsrat jährlich eine Immobilienstrategie verabschieden. Die Baudirektion muss diese Vorgaben umsetzen. Die Erwartungen des Kantonsrats an das geänderte Gesetz sind gross. «Wir stellen damit sicher, dass wir und die Baudirektion jederzeit den Überblick über das Immobilienportfolio und geplante Investitionen haben», sagte Josef Wiederkehr (CVP, Dietikon). Theres Agosti (SP, Turbenthal) war nicht die Einzige, die forderte, nun endlich den Investitionsstau abzubauen.

Der Rat hat die Änderung noch nicht definitiv verabschiedet, die Schlussabstimmung findet in etwa vier Wochen statt. Doch es ist so gut wie sicher, dass das Gesetz mit grossem Mehr angenommen wird. Nein sagte einzig die FDP – aus Protest, dass das Unispital nicht von der Neuregelung ausgenommen wurde. Für die anderen Parteien ist das kein Problem: Demnächst steht die Revision des Gesetzes über das Universitätsspital an. Dann sei auch der richtige Zeitpunkt, um darüber zu verhandeln.

Gesehen & gehört Das Abfeuern von Gewehren und ein SP-Zoff gaben zu reden. *Von Daniel Schneebeli*

Fehlschüsse und Querschläger

Für **Lorenz Schmid** (CVP) ist ein Traum geplatzt: Er wird an einem Knabenschiessen-Montag im Kantonsrat nie als Vater des Schützenkönigs aufgerufen. Sein 17-jähriger und jüngster Sohn hat gestern nur gerade 21 Punkte geschossen. Letztes Jahr hatte der seinem Vater mit 30 Punkten noch Hoffnungen gemacht und vom Gabentisch eine Taschenlampe nach Hause gebracht. Schmids Stimmungslage schwankt nun zwischen Enttäuschung und Befriedigung: «Schliesslich sind wir auch eine Pazifistenfamilie.» Der Apotheker hofft jetzt auf einen Volltreffer seiner Frau **Barbara Schmid-Federer** – bei den Ständeratswahlen im Oktober.

*

Etwas zu alt fürs Knabenschiessen ist SVP-Fraktionschef **Jürg Trachsel**. Er ging dafür am Wochenende ans SVP-Schiessen in Regensdorf. Dort schnitt er aber nicht besser ab als Schmids Sohn im Albisgüetli. Als Ausrede fürs Danebenschiessen nannte Trachsel einen Hungerast, dazu verwies er auf noch schlechtere Schützen wie Ex-Stadtratskandidat **Roger Liebi**.

*

Claudio Zanetti, ein anderer SVPler, glänzte gestern durch Abwesenheit, als die Präsidentin um 8.15 Uhr die Sitzung eröffnete. Das ist für Musterparlamentarier Zanetti ungewöhnlich. Schliesslich ergab eine Nachfrage: Zanetti hatte verschlafen, der Wecker habe nicht ordnungsgemäss geläutet. Als er um 8.58 Uhr im Rathaus eintraf, suchte er als Erstes BDP-Kantonsrätin **Cornelia Keller** auf und bat seine Nachbarin in Gossau, sie möge in Zukunft am Montagmorgen zur Sicherheit bei ihm anklopfen. Für gestern muss Zanetti aufs Sitzungsgeld verzichten, denn die 200 Franken werden nur jenen bezahlt, die nicht mehr als 30 Minuten Verspätung haben.

*

Aufs Sitzungsgeld verzichten müssen auch jene, die den Saal 30 Minuten vor Sitzungsende verlassen. Für die Personenkontrolle ist FDP-Kantonsrat **Dieter Kläy** zuständig. Wer also vor 11.30 Uhr mit seiner Mappe zum Eingang marschiert, wird von ihm registriert. Wenn sich der Anfangsverdacht des zu frühen Abschleichens erhärtet, streicht Kläy dem Abgänger oder der Abgängerin das Sitzungsgeld. Gestern war dies ausgerechnet bei der Präsidentin **Theresia Weber** (SVP) der Fall. Doch weil sie nicht einfach abgeschlichen ist, sondern im Namen des Rates Schützenkönigin **Maria Grieser** offiziell empfing, wird ihr Sitzungsgeld durch eine Repräsentationspauschale ersetzt.

*

Eine Portion Wut im Bauch hat SP-Präsident **Daniel Frei,** und zwar wegen der eigenen Jungpartei. Denn ausgerechnet kurz vor den Wahlen versucht sie SP-Regierungsrat **Mario Fehr** mit einer Anzeige vor den Richter zu zerren. Die Juso-Co-Präsidenten **Anna Serra** und **Oliver Heimgartner** sind sauer, dass Fehr geheim und angeblich illegal einen Staatstrojaner für die Kantonspolizei anschaffen liess. Nun wird aber gegen Fehr nicht ermittelt, und Frei hatte gehofft, die Sache sei damit erledigt. Doch jetzt haben die Jungen den Staatsanwalt **Hans Maurer** ins Visier genommen – auch er ist SP-Mitglied und Cousin von Alt-SP-Stadträtin **Esther Maurer**. Die Juso finden, Maurer sei befangen und müsse in dieser Sache ersetzt werden. Das hat Frei den Hut «gelupft»: «Jetzt ist genug, das ist nur noch sinnloses Trötzeln.» Für ihn missbrauchen die Jungsozialisten den Rechtsweg für ihre politischen Manöver gegen ihren Lieblingsgegner Mario Fehr, der gegen ihren Willen beim Volk das Hooligankonkordat durchgebracht hatte. Keine Freude dürfte Frei aber auch an Mario Fehr haben. Der Regierungsrat machte sich gestern über Facebook für die SP-Nationalratskandidatin **Julia Gerber Rüegg** stark, die der Parteivorstand gar nicht auf der SP-Liste wollte.

Daniel Frei.

Mario Fehr.

Anzeige

IM ABO LESEN UND PROFITIEREN

Ihre persönliche CARTE BLANCHE erhalten Sie gratis und exklusiv zum Tages-Anzeiger-Abo, 0848 848 840 oder www.tagesanzeiger.ch/abo

Zürcher Märchenbühne «Der Räuber Hotzenplotz»

Ab 28. Oktober 2015, Theater am Hechtplatz, Zürich

Ein Räubermärchen nach dem Kinderbuch von Otfried Preussler in der Dialektfassung von Ines Torelli.
Der Räuber Hotzenplotz ist wieder im Lande und treibt sein Unwesen. Nun ist es an der Zeit, den Gauner zu erwischen und ihn einzusperren. Doch der etwas begriffsstutzige Polizist Dünklimoser ist mit dieser Aufgabe ziemlich überfordert. Zum Glück gibt es da noch zwei abenteuerlustige Buben, den gewitzten Kasper und den gutmütigen Seppli, die ihm bei der Räuberjagd behilflich sein wollen. Schliesslich hat der Hotzenplotz der Grossmutter die Kaffeemühle geklaut. Sie versuchen nun den Räuber Hotzenplotz zu überlisten. Ob ihnen das gelingt?

Mit: Bella Neri, Natalie Zaugg, Daniel Bill, Marc Haller, Thomas Meienberg, Nico Savary Bahl und Erich Vock
Regie: Erich Vock & Hubert Spiess
Ausstattung: Max Röthlisberger
Musik: Matthias Thurow

Ihre CARTE BLANCHE-Vorstellungen:
Sonntag, 8. November 2015, 11.00 Uhr
Mittwoch, 2. Dezember 2015, 13.30 Uhr
Samstag, 9. Januar 2016, 14.00 Uhr

Ihr CARTE BLANCHE-Angebot
Kategorie I Erwachsene: CHF 18.50 statt CHF 37.–
Kinder: CHF 13.50 statt CHF 27.–
Kategorie II Erwachsene: CHF 17.50 statt CHF 35.–
Kinder CHF 12.50 statt CHF 25.–
Kategorie III Erwachsene: CHF 16.50 statt CHF 33.–
Kinder CHF 11.50 statt CHF 23.–

Vorverkauf
An der Theaterkasse oder telefonisch unter 044 415 15 15.
Di bis Sa, 16 bis 19 Uhr sowie ab Oktober zusätzlich Mi, Sa & So 10 bis 14 Uhr. Maximal 4 Tickets pro CARTE BLANCHE.
Das Angebot ist limitiert und online nicht buchbar.

Weitere Vorstellungsdaten und Informationen
www.theaterhechtplatz.ch www.maerchenbuehne.ch

50% RABATT

Du bist, was du liest. Tages-Anzeiger